

Elke Hoff
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sicherheitspolitische Sprecherin der FDP
im Deutschen Bundestag

Elke Hoff MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro
Unter den Linden 50, Zi. 2.119
10117 Berlin

☎ (030) 227 – 71498

📠 (030) 227 – 76 390

✉ elke.hoff@bundestag.de

Wahlkreis
Bahnhofstraße 1b
53577 Neustadt/ Wied.
☎ 02683 – 96 98 11
📠 02683 – 96 98 12
✉ elke.hoff@wk.bundestag.de

www.elke-hoff.de

Berlin, 19. Juli 2010

Stabilisierung eines souveränen Afghanistan

Nach neun Jahren Präsenz von NATO und Vereinten Nationen (UNAMA) in Afghanistan ist es bisher nicht gelungen, eine landesweite Aussöhnung zwischen den unterschiedlichen Volks- und Interessengruppen herbeizuführen, die Sicherheitslage für die Bevölkerung spürbar zu verbessern, den Drogenhandel nachhaltig einzudämmen und einen einigermaßen funktionsfähigen Regierungsapparat aufzubauen. Es mangelt nach wie vor an zuverlässigen nationalen Sicherheitskräften, an regelmäßigen Einkünften des Staates durch Steuern und Zölle, an einem flächendeckenden Bildungs- und Gesundheitssystem sowie an einem Angebot von Arbeitsplätzen, insbesondere in den ländlichen Gebieten Afghanistans.

Die Bundesregierung hat mit dem Konzept zur „Übergabe in Verantwortung“ und der Verlängerung des ISAF-Mandates ein ambitioniertes Arbeitsprogramm verabschiedet, das zügig und mit allem Nachdruck umgesetzt werden muss, insbesondere hinsichtlich der Ausbildung von afghanischer Polizei und Streitkräften (ANP und ANA). Je eher die afghanischen Sicherheitskräfte selbständig in der Lage sind, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, umso zügiger kann auch eine Übergabe in eigene Verantwortung stattfinden. Hierfür ist das sogenannte „partnering“ eine überzeugende Methode, die afghanischen Sicherheitskräfte in der Kürze der hierfür vorgesehenen Zeit mit den erforderlichen Basisfähigkeiten für eine zeitnahe Übergabe in Verantwortung auszubilden. Allerdings ist eine weitere, wichtige Voraussetzung hierfür, die grassierende Korruption in den für die Sicherheit zuständigen afghanischen Ministerien nachhaltig einzudämmen. Aufgrund der vorhandenen Korruption erhalten die afghanischen Sicherheitskräfte weder ausreichenden Treibstoff, Munition, Ausstattung und Logistik, noch für sie notwendige Ausrüstung. Es ist nach wie vor ein Skandal, dass im ersten Jahr nach der Ausbildung beispielsweise etwa ein Drittel der afghanischen Polizisten ums Leben kommt.

Der Aufbau von Sicherheitskräften ist auch nur dann von Wert, wenn diese in Zukunft durch die Regierung angemessen bezahlt und auf Dauer mit einer adäquaten Ausrüstung handlungsfähig ausgestattet werden. Hierbei sind insbesondere Fähigkeiten zur Schaffung von Sicherheit und Schutz der Bevölkerung bei Nacht erforderlich. Ansonsten gelingt es den Aufständischen immer wieder, Anschläge, Hinterhalte und Terrorisierung der Bevölkerung während der Nachtstunden wirkungsvoll vorzubereiten und umzusetzen.

Für die Schaffung eines sicheren Umfeldes sind neben militärischen vor allem politische und diplomatische Strategien notwendig, damit eine dauerhafte und nachhaltige nationale Versöhnung auf den Weg gebracht werden kann und vor allem dem Eindruck in der gesamten Region entgegen gewirkt wird, dass die Präsenz der NATO in Afghanistan den Charakter einer militärischen Besatzung hat. Dies ist einer der Hauptgründe für die Ausweitung und Verschärfung von grenzüberschreitenden Aufstandsbewegungen. Für eine solche politische Strategie ist nicht nur eine enge Kooperation mit den benachbarten Staaten wie Pakistan, Iran, den zentralasiatischen Staaten, Russland, China und Indien vonnöten, sondern auch eine schrittweise und verlässliche Abzugsstrategie der NATO-Streitkräfte. Dies kann und darf jedoch nicht überstürzt und planlos geschehen, da ansonsten der Ausbruch eines Bürgerkrieges in Afghanistan zu befürchten ist.

Deshalb ist es parallel zu einer koordinierten, schrittweisen Abzugsstrategie notwendig, mittel- und langfristige Stabilisierungsmaßnahmen vorzusehen, die auch den Einsatz von Waffengewalt im äußersten Falle weiterhin ermöglichen. Dazu bedarf es in den zu übergebenden Regionen mit relativer Sicherheit aber keiner weiteren Präsenz von NATO-Kampftruppen, sondern der Präsenz beispielsweise von UN-Peacekeeping-Kräften mit einem Mandat nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, die einerseits bei der Bevölkerung der Wahrnehmung einer Besatzungsarmee entgegenwirken, andererseits aber eine Sicherheitsgarantie für die Bevölkerung solange gewährleisten können, bis ANA und ANP stabil und dauerhaft handlungsfähig sind.

Deshalb sollten Deutschland bzw. die EU innerhalb der NATO und bei den Vereinten Nationen für den Einsatz von überwiegend muslimisch geprägten UN-Peacekeeping-Kräften für solche Regionen werben. Unter der Federführung der afghanischen Regierung sollten mit den Vereinten Nationen diesbezügliche Verhandlungen zur Finanzierung, Generierung und Stationierung von UN-Friedenstruppen unter Beteiligung aller am Konflikt beteiligten Kräften aufgenommen werden, um auf dieser Basis Afghanistan mittelfristig zu mehr Souveränität, Selbstbestimmung und Stabilität zu verhelfen.

Es ist auch im Interesse der NATO, mit neuen, in der öffentlichen Wahrnehmung positiv besetzten Sicherheitsparametern und –begriffen, wie bspw. dem Einsatz von Peacekeeping-Truppen, eine neue Gesprächsebene zu eröffnen und ernsthafte Verhandlungen über einen Strategiewechsel für die langfristige Stabilisierung Afghanistans zu ermöglichen.

Die zeitnah unter Vermittlung von lokalen Kennern der Region initiierten politischen Gespräche und Verhandlungen zur Aussöhnung sollten in eine ständige, institutionalisierte „Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region“ unter Beteiligung aller benachbarten Staaten, Europas sowie der Vereinigten Staaten münden, analog beispielsweise zum KSZE/OSZE-Prozess in Europa. Es erscheint sinnvoller, die Beteiligten am Verhandlungstisch zur allmählichen Offenlegung ihrer jeweiligen politischen Agenda schrittweise zu „nötigen“ und einen auf einen politischen Kompromiss hin zu verhandeln, anstatt ihnen weiterhin eine Vielzahl von Möglichkeiten zur verdeckten Durchsetzung ihrer politischen Absichten in der Region durch die Anwendung von Gewalt und islamistischer Ideologisierung zu ermöglichen. Den Preis für mangelnde diplomatische Bemühungen außerhalb des Einsatzes militärischer Mittel zahlt vor allem die afghanische und die pakistanische Zivilbevölkerung.

Die enormen Schwierigkeiten bei der Umsetzung eines politischen Versöhnungs-, Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozesses könnten deshalb durch eine ständige, institutionalisierte Sicherheitskonferenz kanalisiert werden und die Bildung gegenseitigen Vertrauens, das eine unabdingbare Voraussetzung für eine Befriedung der gesamten Region ist, fördern.

Jeder Einsatz zusätzlicher militärischer Mittel wird diesen Prozess erschweren und die unterschiedlich motivierten Aufstandsbewegungen stärken und weiter ideologisieren. Es ist auch der Weltöffentlichkeit leichter zu vermitteln, Soldaten und Ressourcen beispielsweise für Peacekeeping-Kräfte statt für Kampftruppen aufzuwenden. Es ist ebenfalls ratsam, den Begriff der „Exit-Strategie“ zu vermeiden und stattdessen den Begriff einer „Stabilisierungs-Strategie“ zu verwenden.

Folgende ZIELE sind deshalb vordringlich anzustreben:

1. Afghanistan muss in einem sicherheitspolitisch besseren Zustand an die afghanische Gesellschaft übergeben werden, als es zu Beginn der internationalen Mission der Fall war.
2. Die Initiierung und Durchführung eines nationalen Aussöhnungsprozesses unter Beteiligung **aller** Konfliktparteien, die außerhalb und innerhalb Afghanistans Einfluss auf die Destabilisierung des Landes ausüben. Wie die bereits im Frühjahr 2009 aufgenommenen Gespräche gezeigt haben, könnte die Vermittlung eines islamisch geprägten Staates (Saudi-Arabien, Türkei) oder neutraler Kenner der Region (EU, China, Deutschland) hilfreich sein.
3. Die Initiierung einer ständigen, institutionalisierten Sicherheitskonferenz in der Region analog zum KSZE/OSZE-Prozess in Europa unter Beteiligung **aller** Nachbarn sowie der EU und der USA. Diese Konferenz sollte zu Beginn die Schwerpunkte Aussöhnung, Umsetzung der Menschenrechte, Stabilisierung/Sicherheit des Landes, Stärkung eines dezentralen Staatsaufbaus, Aufbau eines Steuer- und Zollsystems, eines Bildungs- und Gesundheitswesens, lokaler Arbeitsmärkte sowie die Bekämpfung des Drogenanbaus und Drogenhandels beinhalten.
4. Die Stabilisierung der Sicherheitslage ist konsequent voranzutreiben. Regionen, die ein befriedigendes Sicherheitsniveau erreicht haben, sind sukzessive an die afghanischen Sicherheitskräfte zu übergeben. Diese sollten jedoch in besonders kritischen Bereichen so lange wie nötig beispielsweise durch UN-Peacekeeping-Kräfte unterstützt werden. Diese Peacekeeping-Truppen müssen sukzessive die NATO-Kräfte ersetzen. Zur Erhöhung der Akzeptanz in der Bevölkerung sollten diese Peacekeeping-Truppen überwiegend aus muslimischen Staaten stammen. Diese Truppen benötigen ein robustes Mandat nach Kapitel 7 der UN-Charta.
5. Die Ausbildung der afghanischen Polizei und der Streitkräfte muss personell und finanziell intensiviert werden. Hierbei ist das sogenannte „partnering“ eine sinnvolle Methode des Aufbaus von ANSF. Insbesondere die Polizeiausbildung und -besoldung bleibt bisher weit hinter den Erfordernissen zurück. Die Internationale Gemeinschaft hat darauf zu achten, dass die Polizei nicht in militärischen Einsätzen mangels ausreichender Streitkräfte eingesetzt und dabei aufgegeben wird. Ein belastbares Auszahlungssystem für die Polizeibesoldung ist aufzubauen.
6. Die unterschiedlich ausgerichteten und sich teilweise widersprechenden militärischen Strategien in Afghanistan und den Stammesgebieten Pakistans sind zu überprüfen mit dem Ziel, sie strategisch neu zu überdenken, da sie zu nichts mehr als zu einer Ausweitung und weiteren ideologisierten Unterfütterung des Aufstands führen. Sie sind konsequent in eine einzige militärische Mission mit dem Ziel der Erreichung eines Waffenstillstands als Grundlage weiterer Verhandlungen zu

überführen. Die politischen Forderungen des Aufstandes sind zu überprüfen und durch eine eigene, gemeinsam abgestimmte politische Strategie der internationalen Gemeinschaft aufzunehmen, zu bedenken oder in einzelnen Punkten zu verwerfen. Kompromisse unter Beachtung kulturell geprägter Gegensätze sind dabei notwendige Voraussetzung für einen politischen Fortschritt in der Region.

7. Alle Projekte der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan müssen national und international besser koordiniert werden und möglichst in eine zentrale Verantwortung (Vereinte Nationen oder ISAF) übergeben werden. Es ist ein gemeinsames Verständnis zwischen der internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Regierung darüber zu erzielen, was in Afghanistan mit welchen Mitteln erreicht werden soll, unter weitestgehender Beachtung der nationalen Souveränität des Landes. Der Ansatz zum Aufbau einer Zentralregierung und weitgehenden Ausrichtung auf einen Präsidenten ist zu überprüfen und durch den schrittweisen Aufbau eines mehr dezentralen Systems mit finanzieller Stärkung und mehr politischer Eigenverantwortung der Gouvernements, Distrikte und Kommunen zu ersetzen. Ein notwendiger Schritt ist der Aufbau einer funktionierenden kommunalen Selbstverwaltung und dezentraler Rechtsprechungsmechanismen. Es ist vor allem auch geboten, die Verteilung von internationalen Finanzmitteln und das damit verbundene Ausgabeverhalten strenger als bisher zentral zu überwachen und einer zentralen Erfolgskontrolle zu unterziehen (ggf. UN oder unabhängige international zu gründende Institution).
8. Wiederaufbauprojekte müssen mehr Menschen als bisher unmittelbar erreichen und in die Fläche gehen. Die mit dem Wiederaufbau einhergehenden Baumaßnahmen müssen überwiegend von afghanischen Arbeitskräften geleistet werden, damit endlich ein Angebot von Arbeitsplätzen für die Bevölkerung in der Fläche entsteht. Entwicklungsbemühungen müssen mehr als bisher der Befriedigung von Grundbedürfnissen der afghanischen Bevölkerung wie Sicherheit, Rechtsprechung, Nahrung, Kleidung, Energie, medizinische Versorgung und Wohnen dienen.
9. Die Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplanes unter Federführung der Vereinten Nationen gemeinsam mit der afghanischen Regierung sowie der Nachbarstaaten zur Bekämpfung von Korruption und Drogenwirtschaft ist dringend notwendig. Die Drogenproblematik muss mit repressiven ebenso wie mit wirtschaftlichen Anreizen angegangen werden. Die Drogenlabors müssen aufgespürt, zerstört und ihre Betreiber sowie deren Hintermänner von der Justiz verfolgt und dingfest gemacht werden. Den Bauern, die mit dem Mohnanbau das Überleben ihrer Familien sichern, müssen alternative Anbaumöglichkeiten aufgezeigt und lokale sowie regionale Arbeits- und Absatzmärkte gefördert werden.
10. Es muss allen an diesem politischen Prozess Beteiligten klar sein, dass ein politischer Fortschritt in der Region nur schrittweise zu erzielen ist, Ungeduld, fehlendes Verständnis für die kulturellen Eigenarten der Region sowie weiterhin unkoordinierte und unkontrollierte Verteilung von finanziellen Mitteln nach dem Motto „If you can't beat them, buy them“, wird die Lage mittelfristig verschlimmern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Region auf Dauer zerstören. Eine Stabilisierung kann nur in einem langfristigen und geduldigen politischen Prozess erfolgen. Ein kurzfristiger, unkontrollierter Abzug der internationalen Gemeinschaft würde nur die Türen für eine weitere radikale Islamisierung öffnen und die Glaubwürdigkeit des Westens auf lange Zeit beschädigen bzw. zerstören. Leidtragende wäre erneut die Bevölkerung in der gesamten Region.